



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Durchbruch im Raumplanungsgesetz
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Nationalrat und Parteipräsident, Tel. +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	1. März 2012

Der Nationalrat folgt nach langer Diskussion der ständerätlichen Vorgabe

Die Grünliberalen freuen sich über die Trendwende in der Raumplanung. Nachdem der Nationalrat im 2010 den griffigen Gegenvorschlag des Ständerates noch abgelehnt hat, stimmt die neu zusammengesetzte grosse Kammer einem sogar etwas verschärften Vorschlag nun zu. Die Mehrwertabgabe, die Gewinne bei Einzonungen zur Finanzierung von Bauzonenreduktionen benutzen will, wird von den Kantonen, beiden Räten und vom Bundesrat unterstützt. Zudem sollen überdimensionierte Bauzonen explizit reduziert werden, was die Zersiedlung bremsen wird und dabei auch wertvolles Kulturland sichern hilft. Damit macht die Schweiz endlich einen fortschrittlichen Schritt zu einer nachhaltigen Raumentwicklung.

In der Schweiz werden heute pro Sekunde rund 1,3 Quadratmeter Land verbaut. Der stets steigende Platzbedarf pro Person, die zunehmenden Verkehrsflächen aber auch das Bevölkerungswachstum sind aus Sicht der Grünliberalen wichtige Gründe, um der fortschreitenden Zersiedelung Einhalt zu gebieten. Die Landschaftsinitiative hat dieses berechtigte Problem aufgegriffen und verlangt verbindliche Massnahmen zur Stabilisierung der Siedlungsfläche.

Auf Druck der Landschaftsinitiative und nach langem parlamentarischen Hin und Her, ist es heute gelungen, einen griffigen Vorschlag zur Initiative zu verabschieden, der grundsätzlich an der ständerätlichen Vorlage festhält. Mit der Änderung wird nun die zwingende Verdichtung nach innen vorangetrieben, die es benötigt, wenn die Menschen in der Schweiz auch künftige über Orte der Erholung, der Ruhe und der Landschaft verfügen wollen. Mit dem neu geschaffenen Instrument der Mehrwertabschöpfung können nun an diversen Stellen in der Schweiz Rückzonungen vorgenommen werden. Zu Rückzonungen könnte es insbesondere im ländlichen Raum kommen, da dort überdimensionierte Bauzonen bestehen. Dank Rückzonungen an einen Ort, kann es an anderen Orten weiterhin zu Einzonungen kommen. Mit dem Wertausgleich werden die Profiteure von Einzonungen die Rückzonungen mitfinanzieren und so den Steuerzahlen entlasten, welcher bis heute lediglich die Rückzonungen mitzahlen muss, während die Millionengewinne der Einzonungen oft in private Taschen fliesst.

Auch im Hinblick auf die nationalen Abstimmungen vom 11. März 2012 kann gesagt werden, dass der heutige Entscheid des Nationalrates für den haushälterischen Umgang mit dem Schweizer Boden ein marktwirtschaftliches und effizientes Instrument verabschiedet hat, welches Initiativen wie beispielsweise die unflexible und kontraproduktive Zweitwohnungsinitiative unnötig machen.

Der Nationalrat ist auch in Bezug der Erschliessung dem Ständerat gefolgt und legt ein stärkeres Gewicht in den Grundsätzen auf die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr (OeV). Damit sollen auch bei den Verkehrsflächen v.a. in den Städten und Agglomerationen der Schwerpunkt verstärkt auf den OeV gelegt werden und die bisherige Praxis wird damit bekräftigt.

Mit einer klaren Regelung soll der Bau von Solaranlagen massiv erleichtert werden. Damit kann die bisherige Blockadepolitik gewisser Bewilligungsbehörden gegen den Bau von Solaranlagen auf Dächern unterbunden werden.

Die Grünliberalen freuen sich über diesen heute gelungenen Sieg für die Raumplanung, welche den Initianten den Rückzug der Initiative ermöglicht. Die Grünliberalen werden nun auch die rasche Umsetzung in den Kantonen stark unterstützen.